

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909

24.3.1909 (No. 82)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 24. März

№ 82

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petizions- oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1909

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das

II. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 20. März d. J. wurde Regierungsbaumeister Albert Wolfhard bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zur Betriebswerkstätte in Wasel und Regierungsbaumeister Friedrich Kehler bei der gleichen Behörde zur Betriebswerkstätte in Willingen bestellt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Intervention.

SRK, Berlin, 22. März.

In die deutsche Presse ist eine Darstellung gebracht worden, wonach Rußland in Berlin vorgeschlagen haben soll, Deutschland möge in Wien dahin wirken, daß Österreich-Ungarn auf die Forderung der Abrüstung Serbiens verzichte; diese russischen Vorschläge hätten aber in Berlin kein Gehör gefunden. — Es scheint doch nützlich, darauf hinzuweisen, daß solche Anregungen bei Deutschland nicht gemacht worden sind und nach Lage der Dinge auch nicht gemacht werden können. In der serbischen Frage lassen sich in Wien nicht gut andere diplomatische Schritte tun, als von Österreich-Ungarn selbst gewünscht werden. Sonst würde aus dem österreichisch-serbischen Streit leicht ein Zerwürfnis zwischen den Großmächten. Den heilsamen Grundgedanken, bei einer diplomatischen Intervention zur Sicherung des Friedens nichts ohne Wien zu unternehmen, haben jetzt alle Großmächte gutgeheißen. Auch bei der letzten russischen Note lag der Fortschritt in der ausdrücklichen Erklärung, Rußland sei bereit, mit Österreich-Ungarn und den anderen Mächten eine Verständigung zu suchen, also nicht mit anderen Mächten ohne oder gegen Österreich-Ungarn. Da es keine Großmacht und auch keine Gruppe von Mächten gibt, die sich für Serbien gegen Österreich-Ungarn, und eintretenden Falles auch gegen Deutschland, schlagen will, so müßte sich doch zur Beseitigung der Kriegsgefahr ein europäisches Einberufen herstellen lassen. Dazu wäre es nützlich, daß die Erklärung an Österreich-Ungarn, die die Mächte von Serbien verlangen, in Fühlung mit dem Wiener Kabinett vereinbart und von diesem im Voraus als hinreichend anerkannt würde. Zwischen Wien und Paris sind die Fäden für eine solche Verständigung niemals abgerissen, zwischen Wien und London neuerdings wieder angeknüpft worden. Italien ist für das serbische Problem seinem Dreibündnisgenossen näher getreten. Nimmt auch Rußland entschlossene Stellung bei den übrigen Großmächten, so wird man von der Einigkeit Europas gegenüber dem Versuch einer Friedensförderung reden dürfen. Dann erst kann bei endgültigem Einlenken Serbiens die Kriegsgefahr als beschworen gelten.

(Telegramme.)

Oesterreich und Serbien.

Wien, 23. März. (Abgeordnetenhause.) Vor dem Übergang zur Tagesordnung gab gestern Ministerpräsident Freiherr v. Dieritz folgende Erklärung ab: Ich halte mich verpflichtet, dem hohen Hause im gegenwärtigen Zeitpunkt einige Mitteilungen über die auswärtige Lage nach dem augenblicklichen Stande zu machen. (Lebhafte Beifall.) Wie ich bereits in der Vorwoche mitzuteilen in der Lage war, hat die Note, welche die serbische Regierung in Verantwortung unserer unlängst in Belgrad unternommenen Demarche an uns gerichtet hat, unseren Erwartungen nicht entsprochen. Nach den bisher an uns gelangten Nachrichten habe ich hinzuzufügen, daß die serbische Antwort auch seitens anderer Kabinette als unbefriedigend erachtet worden ist. (Beifall.) Wir haben es unterlassen, auf die serbische Note sofort zu antworten, weil eine umgehende Erwiderung auf dieselbe eine weitere Verschärfung der Situation im Gefolge gehabt hätte, welche wir, soweit es von uns abhängt, vermeiden wollen. Wenn wir auch fortfahren, die größte Geduld an den Tag legen, so erfüllen wir doch andererseits nur eine Pflicht gegen uns selbst, wenn wir auf baldige

Beendigung des unhaltbaren Zustandes an unserer Grenze mit allem Nachdruck hinwirken. Wir bleiben jedoch auch heute unserer bisherigen Methode treu, indem wir Serbien die Hand reichen, damit, wenn dieses zur Erkenntnis seiner Situation gelangt ist, es sie ergreifen kann. (Beifall.)

Belgrad, 22. März. In der Stupschina verwies Marlowitsch (jungadikal) darauf, daß die bevorstehende Antwort der serbischen Regierung auf die Vorstellung der Großmächte von der größten Tragweite für die Zukunft des serbischen Volkes sei und fordert, daß die Regierung jedesmal vor Absendung der Antworten von nun ab die Meinung der Stupschina einhole.

Konstantinopel, 22. März. Dem „Tanin“ zufolge sind außer dem bereits avisierten serbischen Kriegsmaterial laut Meldung des interimistischen Generalinspektors von Saloniki weiter noch angekommen: 263 Kisten unchargierte Patronen, 23 Kisten Geschützmunition und 19 Kisten leere Geschosse. Der Schiffskapitän erklärt, das Kriegsmaterial sei erst kurz vor Abgang des Schiffes an Bord gekommen; er habe die serbische Besandtschaft daher nicht avisieren können. Der Ministerrat beschloß, diesmal noch die Erlaubnis zur Durchfuhr zu erteilen.

* Paris, 23. März. Offiziös wird gemeldet, daß zum serbisch-österreichischen Konflikt England, Rußland und Frankreich einen neuen vermittelnden Weg für die von Serbien abzugebende Erklärung vorschlagen wollen, von dem man hoffe, daß er Österreich-Ungarn befriedigen werde.

Konstantinopel, 22. März. Der Großemir teilte dem russischen Botschafter Sinowjew mit, der Ministerrat habe die von Rifaat Pascha abgeschlossene St. Petersburger Vereinbarung im Prinzip angenommen.

Konstantinopel, 23. März. Von hier verlautet, daß nach Mitrovitza 4 Batterien und ein Bataillon Albanesen abgegangen seien, um an die serbische Grenze vorgezogen zu werden. Die Türken will verbieten, daß serbische Banden in den Sandschal Nobiazar einfallen oder den Weg über den Sandschal nehmen, um in Südbosnien einzudringen.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 22. März.

Oberst Wandel: Die Kommission hat 15 Stellen der Oberveterinäre getriden. Die Militärverwaltung befürwortet jedoch, den Abtritt wieder rückgängig zu machen. Der Mangel an Oberveterinäre sei besonders für den Kriegsfall empfindlich. Auf die 15 Stellen könne nicht verzichtet werden.

Abg. Dröschke (sonf.): Meine politischen Freunde schließen sich dem Antrag der Militärverwaltung an.

Abg. Erzberger (Zentr.): Zu erwägen wäre eine Revision der Anstellungsverhältnisse der Veterinäre. Wenn eine Erklärung abgegeben werde, daß die Anstellungsverhältnisse der Veterinäre dahin abgeändert würden, daß eine Hebung des Standes zu erwarten wäre, würden wir der Wiederherstellung der Regierungsvorlage zustimmen.

Abg. Görde-Brandenburg (natl.): Auch ich bitte, die Revision der Anstellungsverhältnisse der Veterinäre bald vorzunehmen.

Oberst Wandel: Die Militärverwaltung hat die Abcht, eine Neuorganisation des Veterinärkorps durchzuführen. Die Revision hat aus Mangel an Zeit zurückgestellt werden müssen. 1910 wird aber die Revision durchgeführt werden können.

Abg. Dr. Görde (natl.): Diese Erklärung ist ja sehr schön, aber wir wissen doch nicht, wie sich das Reichschakamt dazu stellt.

Unterstaatssekretär im Reichschakamt Zwele: Das Reichschakamt ist mit der Umwandlung des Veterinärkorps zum 1. April 1910 einverstanden und wird die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Abg. Werner (Reformp.) tritt für die Militärbesamten und Wüchsenmacher ein.

Der Antrag Stern wird darauf angenommen und der Abtritt fallen gelassen.

Beim Titel „Reitendes Feldjägerkorps“ beantragt die Kommission die Abhebung von 15 643 M. und den Zusatz: Das Reitende Feldjägerkorps kommt ab 1. Oktober 1909 in Wegfall.“

Abg. Rogalla v. Bieberstein (sonf.) beantragt die Wiederherstellung der Vorlage.

Staatssekretär Freiherr von Schön: In der Kommission habe ich ausdrücklich erklärt, daß das Auswärtige Amt des Dienstes der Feldjäger als Karriere nicht entbehren könne, wenn ich auch zugegeben habe, daß an einzelnen Stellen eventuell andere Personen diesen Dienst versehen könnten. Verabschiedete Offiziere hiermit zu beschäftigen, wird wegen der großen körperlichen Anstrengungen, die mit den Auslandsreisen verbunden sind, nicht durchweg möglich sein. Das Feldjägerkorps besteht seit mehr als 150 Jahren. Finanziell würde das Gegenstück von dem Ertrahen erzielt werden, denn der Ersatz für die Feldjäger dürfte bedeutend teurer werden.

Freiherr v. Hertling (Zentr.) Wir sind für den Antrag Bieberstein.

Abg. Semmler (natl.): Auch wir sind bereit, der Regierungsvorlage zuzustimmen.

Der Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird angenommen und der Titel bewilligt.

Der Titel „Bezirkskommandos“ wird nach kurzen Bemerkungen Erzbergers (Zentr.) angenommen.

Bei Titel „Offiziere des Verurlaubtenstandes“ bringt Dr. Pfeiffer (Zentr.) die Beschwerde vor, daß einem Aken Herrn der katholischen Verbindung „Palatia“ in Heidelberg die Wahl zum Reserveoffizier verweigert worden sei, weil diese Verbindung die Satisfaktion verweigere. Ebenso ergebe es den Angehörigen des „Wingolf“.

Kriegsminister v. Einem: Ich bin überzeugt, daß, wenn dieser Fall so liegt, der Bezirkskommandeur, der den Bestimmungen nicht entspricht, rektifiziert werden wird. Was an mir liegt, wird geschehen, daß sich solche Sachen nicht wiederholen. (Bravo! im Zentrum.)

Bei Titel „Stabschreiber und Mannschaften“ sagt Abg. Zubeil (Soz.) über die Konkurrenz, die den Zivilkapellen durch die Militärmusik gemacht werde. Auch müßte mit dem Unfug gerochen werden, die Truppen zur Nachtzeit mit Musik durch die Straßen zu führen.

Abg. Höhn (Zentr.): An dem Lohn der Mannschaften sollte nicht gespart werden. Die Abschätzung der Luxschäden erfolgt nicht immer in vollkommen einwandfreier Weise. Ich bitte, hierin den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft nachzukommen. Die vom elsass-lothringischen Landesauschuß beschlossene Resolution über die Amnezie der vor 1890 fahnenflüchtig gewordenen jungen Reichsländer empfehle ich der Reichsverwaltung auf das Wärmste.

Der Titel wird darauf in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso die Resolution betr. die Feldwebelleutnants und die Einschränkung der Privatfähigkeit der Militärmusiker.

Bei dem Titel „Naturalverpflegung, Gehälter der Probianten- und Amtsbeamten“ führt Abg. Zubeil (Soz.) Beschwerde über die Zustände in den Kantinen des Oberster Truppenübungsplatzes. Die Ware sei schlecht und teuer und die Einrichtungen schmutzig und gesundheitsgefährlich.

Beim Titel „Verwaltung der Bekleidungsämter“ erklärt Abg. Jrl (Zentr.), daß die Umänderung der Bekleidungsämter, wie sie jetzt erfolgt, nicht den Wünschen der Handwerker entspreche. Es sei von größter Wichtigkeit, den Truppen die beste Ausrüstung im Kriegsfall zu geben, und das sei nur möglich, wenn nicht die Großindustrie, sondern die Handwerkerorganisationen mit den Lieferungen betraut würden.

Abg. Hans Eder Herr zu Putz (sonf.): Tatsächlich ist durch Neuorganisation der Bekleidungsämter eine Verteuerung eingetreten. Daß den Wünschen der Handwerker nach Möglichkeit nachgegeben werde, wollen auch wir.

Abg. Gotthein (freif. Bgg.): Diese Neuorganisation ist auf Wunsch der Handwerker erfolgt. Die heutigen Klagen beweisen, daß man nicht zu eilig den Wünschen der Handwerker folgen soll. Verwerflich ist, daß die Handwerker in den Ämtern immer nur ein und dieselbe Arbeit verrichten. Da werden aus den Handwerkern Maschinen. Die Vorgesetzten haben meistens keine Ahnung vom Betriebe und wechseln außerdem viel zu häufig.

Generalmajor v. Lohow: Die Ausbildung der Bekleidungsamtsoffiziere ist keineswegs oberflächlich. Dieselben sind lange Jahre als Kompaniechef tätig gewesen und dann im Fabrikbetriebe weitergebildet. Der jüngste Bekleidungsamtsoffizier ist 10 Jahr lang auf seinem Posten. Sie sind somit durchaus sachverständig. Eine andere Arbeitsteilung wird von mir erwogen werden. Die Bekleidungsämter müssen wir für den Mobilisationsfall aufrecht erhalten. Dabei sind wir aber bemüht, das Handwerk weitmöglichst zu unterstützen. Auf eine Anfrage des Abg. Jrl (Zentr.) erklärt Redner weiter: Bei den von uns bezahlten Preisen ist zu beachten, daß wir die gesamten Mobilisationsausgaben dabei mitbestreiten. Mehr kann man nicht verlangen, als was von uns geleistet wird. Für 72 M. pro Kopf liefern wir die vollständige Ausrüstung unserer Armee. (Beifall rechts.)

Abg. Dove (freif. Bgg.): Wir sind keineswegs handwerkerfeindlich. Wir meinen nur, daß derartige kleine Mittelchen, den Handwerkerstand zu erhalten, fehlschlagen müssen.

Die Resolution auf Neuordnung des Submissionswesens wird angenommen.

Bei Kapitel „Garnisonsverwaltung und Serbiswesen“ treten die Abg. Dufner (Zentr.) und Siebenberger (sonf.) für umfangreichere Belegung kleinerer Ortschaften mit Garnisonen ein.

Bei Kapitel „Medizinalwesen“ befürwortet Abg. Arning (natl.) die Besserstellung der Militärärzte.

Abg. Gerstenberger (Zentr.) äußert Wünsche betr. Änderung des Militärmedizinstudiums.

Bei Titel „Mieten für Kasernen und für die Unteroffizierschulen in Ettlingen und Wehr“ beantragt die Kommission Wehr zu streichen. Einem konservativen Antrag zufolge wird die Regierungsvorlage wiederhergestellt.

Bei Titel „Militärturnanstalten“ tritt Abg. Wieland (Südd. Vpl.) für eifrige Förderung des Militärturnens ein. Unter ungeheurer Unruhe und Hurraufen des ganzen Hauses schildert Redner darauf das kameradschaftliche Leben in den Kriegervereinen. (Schallende ironische Bravorufe!)
lendes ironisches Bravo!

Nach debatteloser Erledigung einiger weiterer Kapitel wird die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr vertagt. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 23. März.

Die Beratung des Militäretats wird bei Kapitel Artillerie und Waffenwesen fortgesetzt.

Abg. Will-Strasbourg (Ztr.): In Strasbourg sowohl wie in Spandau sind Massenarbeiterentlassungen vorgekommen. Die Militärverwaltung sollte auch in Zeiten, in denen eine volle Beschäftigung ihrer Arbeiter nicht möglich ist, diese behalten und nicht ohne Not das Geer der

Arbeitslosen vermehren. Wir wünschen, daß die Arbeiterzahl auf ihrem alten Stande belassen wird. Eher könnte die Zahl der den Werkstätten vorstehenden Beamten und Offiziere beschränkt werden. Die Strahburger Werkstättenarbeiter verlangen eine Pensionskasse für sich, wie sie schon für die Eisenbahnarbeiter eingerichtet ist. Sehr zu beklagen ist die Schikanierung der alten französisch sprechenden Arbeiter.

Präsident Graf Stolberg: Da ich annehme, daß es der Wille des Hauses ist, daß der Militäretat heute erledigt wird, schlage ich, wenn dies nicht anders zu erreichen ist, vor, von 6—8 Uhr eine Pause eintreten zu lassen und dann eine Abendigung abzuhalten.

Berlin, 22. März. Dem Reichstag ist ein Weißbuch über das Ergebnis der in London vom 4. Dezember 1908 bis zum 26. Februar 1909 abgehaltenen Seekriegsrechtskonferenz zugegangen. In der Denkschrift über die Konferenz wird betont, daß die 2. Haager Friedenskonferenz die umfassende Regelung des Seekriegsrechts nur zum Teil habe durchführen können. Insbesondere sei das wichtige Preisrecht in der Hauptsache ungerügt geblieben. Daher sei es zu begrüßen, daß die großbritannische Regierung eine Konferenz zur Feststellung des Seekriegsrechts in Anregung gebracht habe. Der Konferenz sei es gelungen, fast über sämtliche Programmpunkte eine Einigung zu erzielen. Der Bericht wird demnächst in einer deutschen Übersetzung mit einigen zusammenfassenden Bemerkungen in einem weiteren Weißbuch vorgelegt werden.

Flottenpolitik.

(Telegramme.)

Berlin, 23. März. Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung der Budgetkommission stellte Staatssekretär v. Tirpitz fest, daß der deutsche Marineetat zweifellos klarer und übersichtlicher sei als der englische. In der Nichtangabe der Gesamtsumme für die Postkosten sei man aus naheliegenden Gründen dem englischen Beispiel gefolgt. Für die Instandhaltung der Schiffe werden 2640 000 M. gefordert, das ist 1300 000 M. mehr als im Vorjahre. Der Titel wird unverändert genehmigt. Darauf wird eine Resolution genehmigt, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Verbilligung der Verwaltung in Erwägung zu ziehen. Bei dem Kapitel „Schiffsbauten und Armierungen“ wendet sich ein Zentrumsgesandter gegen das Monopol der Firma Krupp bezüglich der Panzerplattenlieferung. Staatssekretär v. Tirpitz erwiderte: Die Marineverwaltung habe innerhalb 7 Jahren 80 Prozent Verbilligung erreicht. Die Angaben des Staatssekretärs über deutsche Firmen sind vertraulich. Eine Veranschlagung anderer inländischer oder ausländischer Firmen sei erfolglos geblieben. Die Schaffung einer staatlichen Panzerplattenfabrik würde drei Jahre dauern und der Erfolg wäre fragwürdig. Dann wurde die Sitzung abgebrochen.

Berlin, 23. März. Staatssekretär v. Schoen gab namens des Reichskanzlers in der Budgetkommission des Reichstags folgende Erklärung ab: Die englische Regierung gab zwar die Bereitwilligkeit zu einer deutsch-englischen Verständigung über den Umfang und die Kosten des deutschen Flottenprogramms in allgemeiner Weise zu erkennen, stellte aber keinen dahingehenden formellen Antrag. In den Gesprächen, die über diese Frage zwischen den maßgebenden deutschen und englischen Persönlichkeiten stattfanden, ist niemals ein englischer Vorschlag hervorgetreten, der nach unserer Auffassung als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Im Verkehr mit befreundeten Regierungen pflegt man es zu vermeiden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheint. Die englische Regierung hat es wohl aus diesem Grunde unterlassen, einen formellen Antrag an uns zu richten und wir haben deshalb auch keine Stellung zu einem solchen Antrag zu nehmen gehabt. Die Gründe für diese abwartende Haltung gegenüber dem Gedanken einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen zur See sind am 10. Dezember 1908 vom Reichskanzler im Reichstage dargelegt worden. Dies gilt selbstverständlich auch für etwaige Abmachungen unter einzelnen Mächten. Unser gesetzlich festgelegter Flottenbau ist ausschließlich nach unserem eigenen Schuttsbedürfnis bemessen worden und stellt keine Bedrohung irgend einer Nation dar, wie es schon wiederholt von uns betont wurde.

Vom Zentrum wurde bedauert, daß Deutschland die Gelegenheit veräumt hat, mit England ein Arrangement zu treffen. Der Redner der Sozialdemokratie meinte, der Vorwurf sei nicht berechtigt, daß die deutsche Regierung den englischen Anregungen nicht gefolgt sei. Der konservative Redner erklärte, ein Abgehen vom Flottengesetz wäre durchaus fehlerhaft. Von einer Zweideutigkeit in dem Verhalten unserer Regierung in der Flottenfrage könne keine Rede sein. Der Redner der Reichspartei schloß sich dem an. Der anscheinende Widerspruch zwischen den Erklärungen im englischen Parlament und in der Reichstagskommission sei zu Gunsten der deutschen Auffassung aufgeklärt. Die deutsche Regierung habe die allein richtige Haltung eingenommen, indem sie zu verstehen gab, daß sie am Flottengesetz festhalte. Der Zentrumredner verwahrte sich dagegen, daß seine Partei vom Flottengesetz abgehen wolle. Der nationalliberale Redner erklärte, seine Partei halte am Flottengesetz und seinem planmäßigen Ausbau fest. Eine Verständigung mit England allein habe gar keinen Sinn. Eine solche könne nur internationaler Natur sein. Die süddeutsche Volkspartei wünscht gleichfalls keine Änderung des Flottengesetzes. Die wirtschaftliche Vereinigung hält den Zeitpunkt zu einer Verständigung über Abrüstung noch nicht für gekommen. Die freisinnige Volkspartei ist durch die

Erklärungen des Staatssekretärs formell und materiell befriedigt. Am Flottengesetz sei festzuhalten. Es liege keine Veranlassung vor, sich an der unverständlichen Aufregung in England zu beteiligen.

Nach den Darlegungen der einzelnen Parteien gab Staatssekretär v. Schoen der Freude Ausdruck, daß die gesamte Kommission die Hoffnung hege, daß sich die englisch-deutschen Beziehungen unbeeinträchtigt durch die gelegentliche Erregung über den Flottenausbau in England in freundschaftlichem Sinne weiter entwickelten, ein Wunsch, welcher im ganzen deutschen Volke besteht. (Mehrfache Bravorufe).

Die Budgetkommission bewilligte darauf die für Schiffsbauten vorgesehenen Schlusssätze, für den Bau von sechs neuen Linien Schiffen und kleinen Kreuzern im Betrage von 26,5 Mill., und die Neuforderung für die Torpedobootflotte und Armierungen.

Der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei wurde unverändert bewilligt. Auf eine Anfrage teilte der Unterstaatssekretär Tweste mit, daß ein Eckentwurf über die Heranziehung der staatlichen Betriebe zur Gemeindesteuer vorbereitet sei, infolge der Aufhebung des Oktroi aber vor 1. April 1910 nicht in Kraft treten könne. Der außerordentliche Etat von 24 944 045 M. wird abzüglich 87 500 M. genehmigt, desgleichen der um 670 000 M. höher angelegte Einnahmetat. Damit ist der Marineetat beendet. Morgen Etat für Siamtschau und Eisenbahnetat.

London, 22. März. (Unterhaus.) George Faber richtete im Unterhaus an Premierminister Asquith die Frage, ob er im Hinblick auf die jüngst vom deutschen Staatssekretär der Marine, v. Tirpitz, abgegebene Erklärung, daß der deutschen Regierung von der englischen Regierung kein Vorschlag bezüglich der Flottenaufrüstung gemacht worden sei, eine Erklärung darüber geben könne, was zwischen den beiden Regierungen bezüglich der beiderseitigen Zurückhaltung der Marineausgaben vorgegangen sei. Auch andere Mitglieder des Hauses, konservativ wie liberale, richteten Fragen gleichen Inhalts an den Premierminister, der alle Fragen wie folgt beantwortete: Ich muß auf die Erklärung verweisen, die ich am letzten Dienstag in diesem Hause abgab und die die genauen Tatsachen darlegt, an denen ich in jeder Hinsicht festhalte. Die Angelegenheit war im vergangenen Jahre mehr denn einmal Gegenstand eines nicht formellen Gedankenaustausches zwischen den beiden Regierungen und zwar unsererseits in der Absicht, um uns zu vergewissern, ob irgendwelche Vorschläge der Art, wie sie in den an mich gerichteten Fragen bezeichnet werden, in Erwägung gezogen werden würden. Asquith schloß: Wir haben keinerlei Vorschläge gemacht, weil man uns zu verstehen gab, daß das deutsche Flottenprogramm sei gesetzlich festgelegt und in keiner Weise von demjenigen Großbritanniens abhängig. Soviel ich weiß, liegt ein authentischer Bericht über die Bemerkungen, die Staatssekretär v. Tirpitz in der Budgetkommission des Reichstages gemacht haben soll, nicht vor, doch wird, wie ich aus den deutschen Zeitungen entnehme, der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen alsbald Gelegenheit wahrnehmen, über die Sachlage Mitteilungen zu machen. Ich zweifle nicht, daß über seine Erklärungen ein vollständiger Bericht erstattet werden wird, und ich behalte mir jeden weiteren Kommentar vor, bis wir diesen Bericht vor uns haben.

Hierauf richtete Madarasz an Asquith die Anfrage, ob zu irgend einer Zeit der britischen Regierung im Herbst vorigen Jahres die Mitteilung zugegangen sei, daß im deutschen Flottenprogramm der Bau von vier Schiffen beschleunigt werden soll, eine freundschaftliche Nachfrage irgend welcher Art an die deutsche Regierung gerichtet worden sei, um sich über die Ausdehnung und den Zweck dieser Beschleunigung zu vergewissern.

Premierminister Asquith erwiderte, daß der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, alsbald die Gelegenheit ergreifen werde, eine Erklärung abzugeben, die diesen und andere Gegenstände umfassen werde, welche so befriedigender als durch Frage und Antwort klargestellt werden könnten. Das Tadelvotum, das von der Opposition eingebracht werden solle, werde dem Staatssekretär Gelegenheit geben, seine Erklärungen zu machen.

Lord Lansdale fragt an, ob die Regierung im letzten Juli gewußt habe, daß die Firma Krupp eine große Anleihe aufgenommen habe zum Zweck der Erweiterung ihrer Werke infolge der Aufträge, welche ihr die deutsche Regierung gegeben habe, um ihr Schiffbauprogramm zu beschleunigen.

Mac Senna erwiderte: Die Vergrößerung in den Kruppischen Werken und die zu ihrer Durchführung aufgenommenen Mittel seien bei der Admiralität schon vor dem genannten Datum sehr wohl bekannt gewesen; es sei teilweise infolge des Umstandes geschehen, daß für die Erbauung eines Linien Schiffes in Deutschland die nötige Zeit um neun Monate sich verringert habe. Die in Frage stehende Erweiterung habe zweifellos vorher angezeigt, daß der Schiffsbau beschleunigt und die individuellen Schiffstypen ausgestaltet werden würden, und daß die zahlreichen Verzögerungen, die früher stattgefunden hätten, verschwinden würden. Zu gleicher Zeit brauchte dies jedoch keineswegs anzudeuten, daß von Seiten der deutschen Regierung die Absicht bestände, auch die Fristen für den Beginn der nach dem Flottengesetz genehmigten Schiffe früher zu legen.

Sodann wurde die Debatte über die Festsetzung der Effektivstärke der Flotte auf 128 000 Mann aufgenommen.

Dilke erklärte, er sehe keinen Grund zur Beunruhigung. Seitdem das Haus zuletzt über die Flotte debattiert habe, sei keine neue Tatsache vorgekommen, die teilweise die Regierung, hauptsächlich aber die Opposition vorausgesetzt habe. Das Land sei beunruhigt und es würde nicht schaden, auf die Gründe hinzuweisen, um nicht dem Schreden zu verfallen, der der Würde und den Interessen der Flotte entgegensteht. Es sei eine unwürdige Panik. Sicherlich könne England ohne jede Panik handeln zu einer Zeit, wo es ein größeres maritimes Übergewicht habe denn je. Es existiere keine außerordentliche neue Erfindung, die England nicht berücksichtige. Asquith, so fuhr Dilke fort, habe erklärt, daß die Regierung die sehr deutliche Erklärung besäße, nach welcher es nicht in der Absicht der deutschen Regierung liege, ihr Bauprogramm zu beschleunigen. Er wisse die Annahme juristisch, daß eine Erklärung von dieser Art nicht durchgeführt werden würde.

Der Postbeamtenausstand in Frankreich.

(Telegramme.)

Paris, 22. März. In der Deputiertenkammer führte Minister Barthou aus: Der Staat als Arbeitgeber wolle mit dem Empfang der Abordnung der Postbeamten den Industriellen ein gutes Beispiel geben und hoffe, daß die Wiederenaufnahme der Arbeit allgemein sein wird. Einige

Deputierte beantragten einfache Tagesordnung. Diese wurde von Barthou abgelehnt, der die Vertrauensfrage stellte. Die einfache Tagesordnung wurde mit 319 gegen 240 Stimmen verworfen. Hierauf nahm die Kammer mit 344 gegen 138 Stimmen eine von Delpierre eingebrachte und von der Regierung gebilligte Tagesordnung an.

Paris, 23. März. Von 5000 ausländischen Postbeamten ist gestern erklärt worden, daß es unmöglich sei, die Arbeit unter den von der Regierung gestellten Bedingungen wieder aufzunehmen. Im Haupttelegraphenamte und in verschiedenen Telegraphenamtern hat gestern vormittag die Zahl der arbeitenden Beamten zugenommen. Dem Vernehmen nach sind 250 Ämtern in Unordnung, weil für deren Instandhaltung nicht gesorgt ist.

Brüssel, 23. März. Aus verschiedenen Städten Frankreichs über die Auslandsbewegung hier eingegangene Meldungen belagen: In Nizza ist der Streik so gut wie beendet. In Marseille haben die Telegraphen- und Telephonbeamten beschlossen, die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn Genugtuung geschaffen ist. In Lyon sind die Ausständigen entschlossen, den Streik bis aufs äußerste fortzusetzen. In Rouen und Dieppe fahnen die Arbeiter der Telegraphen- und Telephonlinien den Beschluß, die Arbeit heute wieder aufzunehmen.

Paris, 23. März. Die Post- und Telegraphenbeamten beschlossen, die Veröffentlichung der Reden Clémentis und Barthous abzuwarten, und dann eine Entscheidung über Fortsetzung oder Beendigung des Streiks zu treffen. Wie mehrere Komiteemitglieder, die der gestrigen Kammerdebatte über die Interpellation Rouanets anwohnten, nämlich behaupteten, bestehen zwischen den Erklärungen, die beide Minister dem Streikkomitee machten, und jenen auf der Kammertribüne Widersprüche. Die republikanische Vereinigung des Senats ist der Überzeugung, daß die Regierung darauf besteht, dem Streik ein baldiges Ende zu machen. Es wird für wünschenswert erachtet, die Angelegenheit auch im Senat zu erörtern. Der Ministerpräsident erklärte sich einer Abordnung der Vereinigung gegenüber bereit, übermorgen eine bezügliche Anfrage zu beantworten. Von der Handelskammer in Paris und von verschiedenen Handelskammern in der Provinz wurden Postbureaus errichtet, die ausschließlich Geschäftsbriefe befördern. Die Kaufleute und Gewerbetreibenden des ersten Pariser Bezirks erklärten gestern abend in einer starkbesuchten Versammlung, daß sie, wenn der Streik nicht in kürzester Zeit aufhöre, sich genötigt sehen würden, die Zahlung der Steuern zu verweigern.

Paris, 23. März. Die Post- und Telegraphenbeamten haben in einer Vormittags abgehaltenen Versammlung, die von 6000 Personen besucht war, mit ungefähr 5700 Stimmen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Marokko.

(Telegramme.)

Tanger, 23. März. Wie aus Fez berichtet wird, wurde die spanische Mission mit dem üblichen Zeremoniell vom Sultan empfangen. Der Gesandte Merry del Val erklärte bei Überreichung seines Beglaubigungsschreibens, sein König wünsche lebhaft, die traditionellen Beziehungen zwischen beiden Völkern fortzusetzen und in Bestätigung der Algejirasakte die beide Nationen berührenden Fragen zu regeln. Der Sultan begrüßte die Mission und erklärte sich bereit, alle die beiden Länder betreffenden und vor den Mächten beschlossenen Fragen zu prüfen. Der Sultan schloß mit Wünschen für den spanischen König.

Madrid, 23. März. In Beantwortung der Interpellation Villanueva betr. die spanische Marokkopolitik wies der Minister des Auswärtigen auf die vielen Unrichtigkeiten in den Behauptungen Nueva hin und verteidigte die Politik der Regierung in Marokko. Er erklärte sich bereit zur Beantwortung einer neuen Interpellation betr. die Mission des Gesandten Merry del Val, hat aber, sich in der Formulierung Reserve aufzuerlegen. Es sei zu bedauern, daß kürzlich, als es sich um die durch eingegangene Verpflichtungen bedingte und im Einverständnis mit dem Schwefernlande erfolgte Mission handelte, Schwierigkeiten erhoben worden sind, die geeignet waren, die Regierung und den Staat zu schädigen.

Grossherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 23. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag die Vorträge des Legationsrats Dr. Seyb und des Ministers Freiherrn von Marschall. Hierauf meldeten sich folgende Offiziere: Major Schneider, Bataillonskommandeur im Infanterieregiment Markgraf Ludwig-Wilhelm (3. Badiſchen) Nr. 111, bisher aggregiert dem Infanterieregiment von Lützow (1. Rheinischen) Nr. 25, Hauptmann Ritten, Kompagniechef im ersten Regiment, bisher im 9. Lothringischen Infanterieregiment Nr. 173, Hauptmann Claassen, Kompagniechef im Infanterieregiment von Lützow (1. Rheinischen) Nr. 25, bisher im Infanterieregiment von der Marwitz (8. Pommerſchen) Nr. 61, Hauptmann Langemak vom gleichen Regiment, bisher im Füsilierregiment von Gersdorff (Kurhessischen) Nr. 80, Oberleutnant Stilgebauer von der Unteroffizierschule in Treptow, bisher im Infanterieregiment von Lützow (1. Rheinischen) Nr. 25 und Leutnant Stichert

vom Infanterieregiment Bremen (1. Hanseatischen) Nr. 75, bisher an der Unteroffizierschule in Ettlingen.

Nachmittags nahm Seine königliche Hoheit den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo entgegen.

(Liederabend Tilly Koenen.) Tilly Koenen, die zu den gefeiertsten Vertreterinnen des Konzertgesangs gehört, erfreute gestern wieder mit ihrer reifen Kunst die zu ihrem Liederabend in großer Zahl erschienenen Zuhörer. Was Tilly Koenen als Konzertsängerin auszeichnet, ist zunächst ihr selten schönes, breit flutendes und durch Wärme und Weichheit bestechendes Organ. Dann die demselben ebenbürtige technische Durchbildung, die ebenso sehr durch die kunstvolle Behandlung und Anwendung der verschiedenen Stimmregister, durch eine auf vollendetem Atemtechnik beruhende Phrasierung und Dynamik und die stets untadelige Reinheit der Intonation imponiert. Zu diesen mehr äußeren Eigenschaften gesellt sich eine Kunst des Vortrags, die sich all der genannten Vorzüge bedient und sie jeweils in den Dienst des zu interpretierenden Liebes stellt. Das bedeutende Darstellungsvermögen der Künstlerin, das auch seine Untertöne in den einzelnen Liedern nicht übersehen lässt, ermöglicht es, daß ihre Gesänge verschiedenster Stilarten und ebensolcher Inhalts in gleich trefflicher Ausführung gelingen, und daß jedes der von ihr gesungenen Lieder als ein kleines oder größeres, vollkommen abgeschlossenes und abgerundetes Kunstwerk erscheint. Den stärksten Eindruck hinterließ Tilly Koenen auch gestern wieder mit Schubert'scher und Richard Strauß'scher Lyrik. Mit der ihr zu Gebote stehenden Tiefe der Empfindung und der durch mustergerühmte Deklamation noch gesteigerten Gewalt des Ausdrucks zwingt sie die Hörer willenslos in ihren Bann. Schubert's „Dem Unbekannten“ sang sie mit dem ganzen Aufgebot ihres strahlenden Organs, ergreifend und in jeder Beziehung vollendet den „Begleitener“ und „Erlkönig“; auch die vier vornehmen Lieder von R. Strauß erzielten starken Eindruck. Hervorzuheben wurde das Programm durch eine Anzahl Gesänge holländischer Autoren. Cornelie van Costerjee und Bernard Jooers waren mit ernst und gefaltollen Liedern vertreten und von Kath. v. Kennes hatte die Konzertgeberin einige der gefälligen Kinderlieder aufgenommen, die in der reizenden Aufführung die Meisterkraft der Konzertgeberin auch auf diesem Gebiete offenbarte. Tilly Koenen, vom Pianisten W. Tabbernal geschmackvoll begleitet, wurde sehr gefeiert und mußte sich zu mehreren Zugaben verstehen.

(Ärztinnen im städtischen Dienst.) Im Bericht über die jüngste Stadtratssitzung ist u. a. auch mitgeteilt worden, daß der Stadtrat die Stelle eines Assistentenarztes im städtischen Krankenhaus der Medizinalpraktikantin Alice Leiter übertragen habe. Mit Bezug hierauf wurde von verschiedenen Seiten geäußert, daß durch diesen Beschluß des Stadtrats zum erstenmal ein Arztin im städtischen Dienst angestellt worden habe. Das ist aber, wie uns mitgeteilt wird, nicht richtig. Bereits im Jahre 1907 war im städtischen Krankenhaus hier Fräulein Dr. Anna Mayer als Assistentenärztin beschäftigt und im Jahre 1908 die Medizinalpraktikantin Fräulein Kraepka. Somit ist Fräulein Leiter nicht die erste, sondern die dritte Arztin im Dienste des städtischen Krankenhauses.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern abend nach 9 Uhr wurde einem 22 Jahre alten Studenten aus Mannheim — hier wohnhaft — als er auf einen in voller Fahrt befindlichen elektrischen Straßenbahnwagen, Straßenkreuzung Karl- und Sophienstraße, aufspringen wollte, dabei aber ausrutschte und zu Fall kam, der rechte Fuß oberhalb dem Knöchel abgefahren. Der Verunglückte wurde, nachdem Bezirksarzt Dr. Oberle die erste Hilfe geleistet hatte, auf dessen Anordnung ins alte Vinsenziushaus gebracht. — Hinter einem unverschlossenen Glasabschluß in der Kreuzstraße steht ein unbekannter 21 Jahre alter mittelgroßer Bektler einen schwarzen überarbeiteten Mädelpater aus Adern wurde wegen Hausfriedensbruch u. Sachbeschädigung vorläufig festgenommen. Ebenso ein 20 Jahre alter Tagelöhner aus der Südstadt, weil er seinen Vater und Bruder mit Totfischen bedrohte.

Z.B.M.-u.H. (Schneebeobachtungen.) In der verfloffenen Woche sind die Schneehöhen auf den Bergen noch weiter angewachsen, nur gegen Schluß sind sie stellenweise wieder etwas zurückgegangen. Am Morgen des 20. März (Samstag) sind folgende Höhen gemessen worden: in Stetten a. L. 4, in Bollhaus 18, beim Feldberger Hof 205, in Titisee 70, in Bonndorf 33, in Hohenstaufen 75, in Bernau 80, in Gersbach 50, in Todtnauberg 118, in Deubronn 86, in St. Märgen 86, in Triberg 39, in Kniebis 72, in Herrenwies 38, in Kaldenbrunn 50 und in Strümpfelbrunn 8 cm.

S. Mannheim, 21. März. Fünf Tage hat die Redeschlacht im Bürgerausschuß anlässlich der Vertagung des städtischen Voranschlags wieder gedauert. Am Samstag abend um 8 Uhr kam es zur Abtötung über den Schlusssatz. Es bleibt bei einem Umlagefuß von 32 Pf. (i. V. 30 Pf.). Das war allerdings nur möglich durch die Ablehnung sämtlicher Resolutionen, die vom Kollegium im Laufe der Beratungen angenommen wurden. Genehmigt wurde vom Stadtrat nur eine Resolution, die von den Wodparteiern eingebracht worden war und für den neuesten Zweig sozialer Schulfürsorge, die Schulfürsorge, 10 000 M. statt 5000 M. beantragte. Da man mit einem Mehrertrag von 32 800 M. durch die abgelehnte Erhöhung der Hundesteuer gerechnet hatte, mußten zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget der Handelsvorhause 5605 M. entnommen, dem Reservefonds der Schulaufsichtsbüro 10 159 M. entnommen und der Betrag von 22 036 M. von der Kreisumlage (ein Zehntel Pfennig weniger) abgezogen werden. Am letzten Beratungstage entstand noch eine kurze Theaterdebatte, die sich aber nur auf einige Wünsche beschränkte. Auf die Tätigkeit des Intendanten und seine Befähigung als Bühnenleiter wurde nicht mehr eingegangen. Man hatte sich darüber zur Genüge bei der kürzlich gehaltenen Gehaltsverhandlung unterhalten. Mit großer Genugtuung wurde die Mitteilung des Oberbürgermeisters aufgenommen, daß Mannheim eine Luftschiffstation erhalten soll. Der deutsche Luftflottenverein ist bereits in Unterhandlungen mit der Stadtverwaltung wegen Überlassung eines Platzes zur Errichtung einer Luftschiffhalle eingetreten. Die Reichsbehörde und Graf Zeppelin stehen dem Plane sympathisch gegenüber. — Ein Kinderhilfsfest, das am Freitag veranstaltet wurde, hat nach der vorläufigen Abrechnung 9—10 000 M. ergeben.

o.-c. Durlach, 22. März. Der diesjährige Voranschlag bezieht sich in Einnahme auf 372 475 M., in Ausgabe auf 621 578 M., so daß der ungedeckte Aufwand 249 103 M. beträgt. Die Bürgerauschussaufgabe beläuft sich auf 14 805 M. und die durch Umlage aufzubringende Summe auf 234 308 M. Der Umlagefuß ist auf 30 Pf. für Liegenschafts- und Vertriebsvermögenssteuerwerte, auf 10 Pf. für Kapitalvermögenssteuerwerte und auf 1.80 M. für die Einkommensteueransätze festgesetzt. Die gesamten Steuerkapitalien betragen 69 788 350 M. Es ist eine Zunahme von rund 3,8 Millionen zu verzeichnen.

† Vom Oberland, 21. März. Der lange anhaltende Winter und die beträchtlichen Schneemassen haben auf den Wildstand einen nachteiligen Einfluß ausgeübt. Ganz besonders ist es der außerordentlich starke Schneefall in diesem Monat, der

dem Wild geschadet hat. Durch die lange Dauer von Kälte und infolge von Mangel an Nahrung entkräftet, besitzt das Wild im Nachwinter nicht mehr den erforderlichen Widerstand und die Kraft, den tiefen Schnee wegzujahren, um das nötige Futter zu erreichen. Die strenge andauernde Kälte hat dem Hasenbestande erheblichen Eintrag gebracht, was die Tatsache beweist, daß bereits junge Haschen ertrunken aufgefunden worden sind. Wenn der Lenz nicht bald Einkehr hält, dürfte ein schlechtes Hasenjahr zu erwarten sein.

* Kleine Nachrichten aus Baden. In der vergangenen Woche sind in der Nacht auf Montag zwei Gefängnisse aus dem Mannheimer Kreisgefängnis ausgebrochen. Sie gelangten auf noch nicht festgestellte Weise aufs Dach und ließen sich mit Hilfe von Leinwandstücken am Mitzableiter auf das anstehende Anwesen herab, von wo aus sie den Boden erreichten. Wie das „M. Tagbl.“ hört, handelt es sich um die beiden Falschmünzer Rhiplipp Brunner, Würstchenmacher, und Jakob Spanier, Schlosser, bei 32 Jahre alt, die in der letzten Schwurgerichtsperiode zu 3 Jahren und 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind. — Gegen säumige Unternehmer wurden von Seiten der allgemeinen Ortskrankenkasse in Freiburg in einem Monat nicht weniger wie 180 Pfändungen beantragt. — In Birsgau (Kreis Schopfheim) brannte das Anwesen des Altbürgermeisters nieder. Man vermutet Brandstiftung. — Am Samstag fand in Schopfheim Bürgermeisterwahl statt. Von 68 abgegebenen Stimmen erhielt Herr Franz Deeg, zurzeit Bürgermeister in Redarung, 58, sein Gegenkandidat, der Sohn des Gemeinderats Eduard Herbst, 8 Stimmen. Abgestimmt haben alle Wahlberechtigten. — Der abnorm niedrige Wasserstand des Sees wurde Freitag abend gegen 6 Uhr dem mit einigen hundert Italienern von Bregenz nach Konstanz kommenden österreichischen Dampfer „Maria Theresia“ verhängnisvoll. Nicht vor dem Konstanzer Hafen fuhr das Schiff, das etwa zuweit nordwärts ausgegangen war, auf den Grund. Ein zweiter, kurz zuvor in Konstanz eingelaufener österreichischer Dampfer, der gleichfalls Italiener gebrach hat, kam nach deren Ausschiffung dem festgefahrenen zur Hilfe, nahm die Passagiere der „Maria Theresia“ an Bord und brachte sie in den Hafen. So erleichtert, kam die „Maria Theresia“ selbst wieder los.

** Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche am 15. März 1909.

Elfaß-Lothringen. Kreis: Straßburg 1 Gemeinde, 5 Gehöfte.

** In der Gemeinde Bettenheim, Kreis Bensheim (Hessen) ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

* Berlin, 23. März. Seine Majestät der Kaiser sprach heute vormittag beim Reichsfinanzler vor.

* Osnabrück, 23. März. Auf Anraten der behandelnden Ärzte wird Ihre königliche Hoheit die Großherzogin von Oldenburg vom Sanatorium Bellevue bei Konstantz nach dem Sanatorium Hohemart bei Oberursel (Rhinus) überführt.

* Stuttgart, 23. März. Die Regierung hat der Zweiten Kammer, welche heute wieder zusammengetreten ist, eine Denkschrift über die Frage der Verstaatlichung der Ghymnasien, Realgymnasien und Realschulen vorgelegt. Es handelt sich dabei um 182 Anstalten. Die Regierung erklärt in der Denkschrift, daß sie sich zu der bisher von keinem größeren deutschen Staate versuchten Übernahme der ganzen Unterhaltungskosten auf die Staatskasse nicht entschließen könne und befaßt sich vor, zu geeigneter Zeit für eine anderweitige gesetzliche Regelung des höheren Schulwesens Vorschläge zu machen.

* Wien, 23. März. Das Abgeordnetenhaus hat die Eisenbahnverstaatlichungsvorlage auch in der Spezialberatung angenommen.

* Rom, 23. März. Der Vatikan sprach gegen den Deputierten Abi Murrì die Exkommunikation aus.

* St. Petersburg, 23. März. Eine im Handelsministerium tagende Konferenz betreffend die Küstenschiffahrt in den Gewässern des fernen Ostens, hat sich für die Abschaffung der Dampferküstenschiffahrt unter ausländischer Flagge vom 4. Oktober 1909 ab ausgesprochen. Der Generalgouverneur des Amurgebietes soll das Recht erhalten, bis 4. Oktober 1909 einigen ausländischen Dampfern in Ausnahmefällen einzelne Reisen zu gestatten. Auch soll er während des genannten Zeitraumes berechtigt sein, die Segelschiffahrt auf einer gewissen Strecke zuzulassen und von allen Schiffen besondere Abgaben zu verlangen.

* Washington, 23. März. Im Repräsentantenhaus eröffnete gestern der Deputierte Payne die Debatte über die Tarifreform und sagte: Ein Land, das Amerika nicht die gleiche Gelegenheit wie irgend einem anderen Lande einräume, müsse den Kapitalisten zahlen. England habe den Minimaltarif zu genießen. Es sei absolut sicher, daß alle Großmächte die Gelegenheit wahrnehmen werden, um sich die gleichen Vorteile wie England zu sichern. Die Erhöhung des Posttarifs auf 25 Cent pro Pfund sei erfolgt, um den amerikanischen Lithographen den Wettbewerb gegenüber den amerikanischen zu erleichtern. Die bedeutende Erhöhung des Zolls auf Glacehandschuhe werde die amerikanische Industrie fördern.

* Teheran, 23. März. Gestern wurde eine sehr ernst gehaltene Note des englischen und russischen Gesandten überreicht, in der gegen die barbarische Kriegsführung Nazim Khans protestiert und sofortige Befehle des Schahs gegen das Verfahren Nazims gefordert werden, der wehrlose Dörfer plündern lasse.

Verschiedenes.

München, 18. März. Die Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller veröffentlicht einen Auszug aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1908, in dem die Erfolge des verfloffenen Jahres ziffernmäßig niedergelegt sind. Es wurden vereinnahmt an Mitgliederbeiträgen und Eintrittsgeldern M. 112 000, an Zinsen M. 64 000 und an außerordentlichen Einnahmen M. 29 000, somit ist eine Gesamteinnahme von M. 205 000 zu verzeichnen. An Pensionen und Zuschüssen wurden M. 28 000 zur Auszahlung gebracht. Das Geschäftsjahr 1908 schließt nach zahlungsgemäßer Überweisung an die Prämienreserve, den Reservefonds, die Zuschußfonds und den Stiftungsfonds mit einem Überschusse von M. 22 400. Nach den Ausweisen der Bilanz bezieht sich die Prämienreserve auf M. 1 123 000, die sonstigen Reserven und Rücklagen betragen M. 420 900. Der Prä-

mienreserve, die die Gesamtheit derjenigen Mittel umfaßt, die zur Deckung der feststehenden rechnerischen Verpflichtungen notwendig sind, stehen somit 47 Proz. an Reserven und sonstigen Rücklagen gegenüber. Das Gesamtvermögen beträgt zum 1. 1 700 000. Der Auszug, der in gedrängter Form einen Überblick über die so erfreuliche Entwicklung der Anstalt bietet, ist kostenlos durch die Geschäftsstelle — München, Max Josephstraße 1 — zu beziehen.

Paris, 23. März. In der gestrigen Kammer Sitzung hielt Präsident Brisson dem Deputierten Farjon, dessen Tod telegraphisch gemeldet worden war, einen warmen Nachruf. Wenige Stunden später traf die Nachricht ein, daß nicht der Deputierte Farjon sondern sein 93jähriger Vater gestorben sei. Der Irrtum sei durch ein verhängnisvolles Telegramm verursacht worden, wie sie infolge des Telegraphistenstreiks überaus häufig vorkommen.

Rom, 23. März. In der Todstube eines Hauses der via Frattini hat man einen Koffer mit der bereits in Verwesung übergegangen Leiche eines anscheinend etwa 30jährigen elegant schwarz gekleideten blonden Mannes von starker Figur gefunden. Die Besitzerin des Hauses erklärte, am 25. Februar habe ein Mann von 45 Jahren namens Tataroff oder Romanoff das Zimmer gemietet. Am 26. habe er den Koffer gekauft und am 27. erklärt, er erwarte zwei Freunde und werde am anderen Tage abreisen. Abends seien die zwei Freunde und zwar einzeln gekommen. Später habe sie den Koffer mit einem der beiden Herren das Haus verlassen sehen. Die Leiche zeigt keine Verletzungen. Es scheint, daß das Opfer mit Chloroform oder Schwefeläther betäubt und lebend in den Koffer geschlossen wurde. Man glaubt an einen politischen Mord.

Turin, 23. März. Der Herzog der Abruzzen begab sich nach Marseille, von wo er seine neue Expedition nach dem Karakoramgebirge antreten wird.

Ban der Luftschiffahrt.

Friedrichshafen, 23. März. Am 2 Uhr 15 Min. ist das Reichsluftschiff „Z I“ gestern aufgestiegen. Es flog in einer Höhe von ungefähr 100 Meter über Friedrichshafen nach Eristkirch, wobei es gegen einen sehr starken Wind ankämpfen hatte. Über Eristkirch machte das Luftschiff eine Wendung, beschrieb einen großen Bogen und nahm dann die Richtung gegenwärts nach Konstanz. In der Talnabe bei Waggershausen landete das Luftschiff um 3 Uhr 10 Min. auf festem Boden ohne jede Hilfe sehr glatt. Um ¼ 4 Uhr stieg „Z I“ wieder auf, überflog 10 Minuten später Friedrichshafen und nahm dann seinen Weg auf Langenargen zu. Dann fuhr das Luftschiff bis gegen 6 Uhr unter stürmenden Regengüssen nach Bregenz und zurück nach Manzell, wo um 7 Uhr gelandet wurde.

Literatur.

* Die Monatschrift „Deutsche Rundschau“ eröffnet ihre Märzheft mit einem Aufsatz über die Bagdadbahn aus der Feder des Generalleutnants von Hoffmeister, der auf Grund eigener Anschauung sehr beachtenswerte Vorschläge über die zu wählende Bahnlinie macht. Eine Kartenkarte erleichtert das Verständnis der interessanten Ausführungen. Die durch die Katastrophe in Messina aufs Neue angeregte Frage, welchen Einfluß die Erdbebengefahr in Süditalien seit alters auf den Häuserbau ausgeübt hat, erörtert Professor Dr. Max Zimmermann. Georg Dirschfelds von frühlichem Humor belebte Erzählung „Angst und Emma“ findet ihr Widerspiel in der Stokanowskajas „Aus Katharinas Zeit“, die in der russischen Vergangenheit spielt. Aus dem weiteren Inhalt seien hervorgehoben: „Aus Derders Adenversteht“ vom Geh. Hofrat Bernhard Suphan. Publikationen des Gesandten Raschdan aus dem literarischen Nachlaß des Unterstaatssekretärs Dr. Busch; Diplomateneben am Voporus. — Scheffel und Eggers, eine Dichtereundschaft. Ein Aufsatz Carlo Seeegres über die bekannte sardinische Dichterin Grazia Deledda. — Eine Reihe von Besprechungen von dem Direktor des Kupferstichkabinetts, Dr. M. Friedländer, Professor Rich. M. Meyer, Dr. Ernst Heilborn und Professor Walter Löb gehen ausführlich auf die bedeutendsten Neuerwerbungen aus den Gebieten der Kunst, Wissenschaft und Literatur ein.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Mittwoch, 24. März. 6. (letztes) Abonnementkonzert des Großh. Hoforchesters. Anfang halb 8 Uhr.
Im Theater in Baden.
Mittwoch, 24. März. 29. Ab.-Vorst. Neu einstudiert: „Weh, dem, der lügt“, Lustspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 7 Uhr. Ende ¼ 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hyd. vom 23. März 1909.

Hoher Druck bedeckt auch heute noch den Nordosten des Erdteils und Island. Das übrige Europa bildet ein Gebiet niedrigen Druckes, in dem die Luftdruckunterschiede sehr gering sind. Minima befinden sich über Mitteldeutschland, Südwest-England und über den unteren Donauländern; die Gestirne im Nordwesten gelegene Depression hat sich auf die Nordinsel verlegt. Im Binnenland herrscht trübes, mildes und vielwolkenreiches Wetter; in den Küstengebieten ist es stark neblig. Meist trübes und mildes Wetter mit Regenschauern ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 23. März, früh:

Lugano heiter 4 Grad, Nizza wolfig 7 Grad, Triest Regen 8 Grad, Florenz bedeckt 9 Grad, Rom bedeckt 10 Grad, Cagliari wolkenlos 12 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
22. Nachts 9 ⁰⁰ U.	744.8	9.7	6.9	76	SW	bedeckt
23. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	743.3	7.5	7.0	90	"	"
23. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	743.9	10.6	6.6	70	"	"

Höchste Temperatur am 22. März: 14.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 7.3.

Niederschlagsmenge, gemessen am 23. März, 7⁰⁰ früh: 0.1 mm. Wasserstand des Rheins am 23. März, früh: Schufterinsel 1.35 m, gestiegen 25 cm; Kehl 1.74 m, gestiegen 29 cm; Maxau 3.42 m, gestiegen 23 cm; Mannheim 2.22 m, gestiegen 29 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Die „Frühjahrs-Mode“ in
Herren-Hüten!

Chic und elegant
ist der



„Farbige weiche Hut“

Vornehm und fein
ist der



„Farbige u. schwarze steife Hut“

Die Vielseitigkeit der Mode bedingt: „Fortwährend Eingang von Neuheiten“
und „Ganz hervorragende Auswahl“.

X.999

Das Prinzip des

Hutmagazin Wilh. Zeumer

Karlsruhe Kaiserstraße 125/127 Telephon 274

Niederlage feinsten führender Spezial-Marken:
an erster Stelle „Borsalino“. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

A. Hunsinger

Feine Herrenschneiderei

Kaiserstr. 124 Telephon 1869

Moderne Stoffe. Eleganter Schnitt.

Vereinsbank Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
Wir bitten um Einreichung der Einlage- und Sparsbücher
zwecks Abrechnung, wobei auch die Auszahlung der Dividende
auf die vollen Geschäftsanteile erfolgt. X.922

Der Vorstand.

**8. ordentliche Mitgliederversammlung
des Militär-Hülfs-Vereins XIV. Armeekorps**

findet **Mittwoch, den 31. März d. Js., nachmittags 3 1/2 Uhr,** bei
Hr. Erzengelns Freitrau v. Hoiningen gen. Huene, Karlsruhe, Bismarckstr. 2,
statt. X.915

Der Vorstand.

Empirekleider

habe in meinem Atelier als
Spezialität
aufgenommen und empfehle mich
den geehrten Damen in Anfertigung
derselben. X.685
Elise Babst-Denninger
Damenschneiderin
Amalienstrasse 53.

Otto Fischer

Großh. Hoflieferant
(vorm. J. Stüber), Karlsruhe,
Kaiserstr. 130, Telephon 270,
empfehlend: Vollständige Betten
jeder Art und Preislage, ganze
Wäsche-Aussteuerungen in vorzüglicher
Ausführung.

1902er Cru Moreau

Queyrac, Médoc, Bordeaux.
die Flasche M. 1.10, 10 Fl. M. 10.—
direkter Import von
Victor Merkle, Karlsruhe,
Kaiserstr. 160.

8ad. Rote + Lose à 1 M

Nur Geldgewinne
Ziehung 17. April 1909
3388 Bargewinne ohne Abzug
44 000 M.
2 Hauptgewinne
20 000 M.
3386 Gewinne
24 000 M.
11 L. 10 M.,
Lose à 1 M., Porto u. Liste 30 Pf.
empfiehlt Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer Straßburg i. E.
Langstraße 107
In Karlsruhe:
Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

Gesucht

für 15. April verheirateter
= Elektriker =
der auch Hausarbeit mittut. Meldungen
mit Zeugnisabschriften an
Gutsverwaltung Froeschweiler, Elsh.

Bekanntmachung.

Die Befehung von Stanzlei-
gehilfenstellen betr.
Nr. 15736. Bei dem unterzeichneten
Amt ist auf 19. April d. Js. eine
Kanzlei-Gehilfenstelle mit einer Jahres-
vergütung von 1000 M. zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich sofort
melden. X.10
Bruchsal, 20. März 1909.
Großh. Bezirksamt.

**Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.**

Renten-Abteilung.

Gemäß § 194 der Statuten von 1863 werden die Besitzer der nach-
benannten Rentenscheine ersucht, die rückständigen Renten zu erheben.

Der Mitglieder		Rentenscheine		
Name	Geburtsort	Jahresge- sellschaft	Klasse	Nr.
a. Erstmalige Aufforderung.				
Schreiber, Emma geb. Wille	Mottgers	1841	1b	1308
b. Zweite und letzte Aufforderung.				
Wismann, Rachel geb. Girsch	Bertheim	1840	1a	2785
Stieler, Adolf	Heilbronn	1843	1b	1018
Klee, Jakob Karl	Frankfurt a. M.	1851	1a	517
Gries, Karl Johann	Bauschlott	1850	1a	238

Karlsruhe, den 22. März 1909.

**Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.**

Konkurs.
X.990. Nr. 3346 Mannheim. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Spezereimarendändlers Jo-
hann Pfisterer in Mannheim ist
infolge eines von dem Gemeinschuldner
gemachten Zwangsvergleichsvorschlags
Termin bestimmt auf
Montag, den 29. März 1909,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Amtsgerichte hier, Abt. 14,
II. Stock, Zimmer 114.
Der Zwangsvergleichsvorschlag und
die Erklärung des Gläubigerausschusses
liegen auf der Gerichtsschreiberei des
Konkursgerichts zur Einsicht der Betei-
ligten auf.
Mannheim, den 18. März 1909.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 14.
Gieser.

7. April, mittags 3 Uhr, mit der
Aufsicht „Schmiedarbeitenvergebung“
versehen, portofrei in obengenanntem
Baubureau eintreffen, wofür die
Eröffnung stattfindet.
Zuschlagsfrist 14 Tage. X.978.2.1
Karlsruhe, den 20. März 1909.
Großh. Bauinspektion II.

**Vergabung von
Wasserleitungsarbeiten.**

Die Gemeinde Junzigen vergibt
nach Maßgabe der Verordnung Großh.
Ministeriums der Finanzen vom 3. Janu-
ar 1907 für den Bau einer Wasser-
leitungsanlage die Herstellung der Rohr-
gräben sowie das Verlegen und Verlegen
von belläufig 1830 m gußeisernen Ruffen-
röhren in Nennweiten von 100, 80, 60
und 40 mm nebst den erforderlichen
Formstücken und Ausrüstungsgegen-
ständen.
Die Bedingungenunterlagen liegen
bei der unterzeichneten Stelle zur Ein-
sicht auf. Dasselbe werden auch Ange-
botsverzeichnisse unentgeltlich abgege-
ben. Angebote sind mit der Aufschrift
„Wasserleitung Junzigen“ versehen,
längstens bis
**Dienstag, den 30. März, vor-
mittags 10 Uhr,**
bei dem Gemeinderat Junzigen, ver-
schlossen und portofrei, einzureichen.
Die Eröffnung der Angebote findet zur
genannten Zeit auf dem Ratssaal in
Junzigen statt. X.964.2.2
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Wörach, den 19. März 1909.
Großh. Kulturinspektion Wörach.

Vergabung von Bauarbeiten.

Zur Verbreiterung der Brunn-
schächte bei Km. 100,9, der
Schwarzwaldbahn, auf dem Bahnhof
Donauwechingen, sollen die nachstehenden
Arbeiten und Lieferungen auf dem
Wege des öffentlichen Angebotes, nach
Maßgabe der Verordnung Großh.
Finanzministeriums vom 3. Januar 1907,
vergeben werden.
a. Lieferung und Aufstellung des
Eisenwerks bei 4,250 m Stützweite.
Flüßchen und Schmiedelisen 4620 kg
Gußeisen 60
b. Eindecken des Eisenwerks mit
Beton und Herstellen der Fahrbahn:
Beton mit Eisenlagen 14,3 cbm
Alphalbitbelag 10 mm stark 43,0 qm
Alphalbitbetondecke 1,5 cbm
Die Bedingungen und Zeichnungen
liegen auf unserem Geschäftszimmer
zur Einsicht auf, wo auch die Angebots-
bogen abgegeben werden.
Eine Zulassung der Bedingungen
und Zeichnungen findet nicht statt.
Angebote sind verschlossen, frei und
mit entsprechender Aufschrift versehen,
spätestens **Mittwoch, den 7. April,
abends 5 Uhr,** einzureichen.
Zuschlagsfrist 4 Wochen. X.2.2.1
Willingen, den 20. März 1909.
Großh. Bauinspektion.

**Vergabung von Erd- und
Mauerarbeiten.**

Zur Herstellung einer Wegunter-
führung bei Kilom. 38+717 der Redar-
tatabahn (zwischen Station Binou und
Redarzel), sowie einer Wegverlegung
sollen im Wege des öffentlichen Ange-
botes nach Maßgabe der Verordnung
des Großh. Finanzministeriums vom
3. Januar 1907 folgende Bauarbeiten
zur alsbaldigen Ausführung vergeben
werden:
Abtragsmassen 1100 cbm
Baugrubenaushub 700 „
Mauerwerk 400 „
Hausteilerlegung 13 „
Wegbefestigung 800 qm
Pläne und Bedingungen liegen zu
den üblichen Dienststunden an Wer-
stagen bei der unterzeichneten Dienst-
stelle auf, wofür auch Angebotsformu-
lare in Empfang genommen werden
können. Verjand nach auswärtig findet
nicht statt.
Angebote sind spätestens zur Eröff-
nungsverhandlung am **Donnerstag,
den 1. April 1909, vormittags
8 1/2 Uhr,** verschlossen und mit ent-
sprechender Aufschrift versehen, anbei
einzureichen. X.1
Zuschlagsfrist: 3 Wochen.
Eberbach, den 21. März 1909.
Großh. Bauinspektion.

**Vergabung
von Abbrucharbeiten.**

Auf dem ehemaligen Schaubl'schen
Anwesen Bergstraße Nr. 5 in Säckingen
sollen 4 Gebäude auf Abbruch an den
Meistbietenden verkauft werden.
Die Bedingungen können bei uns,
sowie auf dem Dienstzimmer des Bahn-
meisters im Aufnahmegebäude der
Station Säckingen eingesehen werden.
Die Gebäude werden auf Verlangen
vom Bahnmeister in Säckingen gezeigt.
Die Angebote sind spätestens bis
**Samstag, den 3. April 1909,
nachmittags 5 Uhr,** verschlossen,
portofrei und mit der Aufschrift „Ab-
brucharbeiten Säckingen“ an uns ein-
zureichen. X.2
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Waldshut, den 20. März 1909.
Großh. Bauinspektion.

Konkursverfahren.

X.991. Nr. 3040. Forstheim.
Gemäß § 163 R. O. wurde das Kon-
kursverfahren über das Vermögen des
Eisenfabrikanten Eduard Söldner
in Forstheim nach Vornahme der
Schlussverteilung durch Beschluss Großh.
Amtsgerichts hier vom heutigen auf-
gehoben.
Forstheim, den 17. März 1909
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3:
Lohrer.

Konkursverfahren.

X.998. Kapit. Das Konkurs-
verfahren über das Vermögen des
Joaquim Ettlinger, Kaufmann
in Kapit., wurde nach vollzogener
Schlussverteilung heute aufgehoben.
Kapit., den 19. März 1909.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Koeßler.

Bürgerliche Rechtsfreie.

Öffentliche Befestigung einer Klage.
X.900. Nr. 2732. Mannheim.
Die Firma Kummel & Cie. in
Mannheim, Prozeßvollmächtigter:
Rechtskonsulent Ernst Kaufmann in
Mannheim, klagt gegen den Zahnarzt
Gottlieb Rudolph, dessen Auf-
enthalt unbekannt ist, früher zu Mann-
heim wohnhaft, aus Kauf zahnärztlicher
Utensilien, mit dem Antrage, den Be-
klagten zu verurteilen, der Klägerin
167 M. 64 Pf. nebst 4% Zinsen seit
1. Juni 1908 zu bezahlen und die
Kosten des Verfahrens zu tragen,
sowie das Urteil für vorläufig vollstrec-
bar zu erklären.
Die Klägerin ladet den Beklagten
zur mündlichen Verhandlung des Rechts-
streits vor das Großh. Amtsgericht zu
Mannheim, Abt. IV (II. Stock, Zimmer
Nr. 113), auf
Donnerstag, den 13. Mai 1909,
vormittags 11 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Aufstellung
wird dieser Auszug der Klage bekannt
gemacht.
Mannheim, den 13. März 1909.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 4.
Schwab.

Konkursverfahren.

X.994. Wiesloch. In dem Kon-
kursverfahren über das Vermögen des
Kaufmanns Adolf Decker in Wies-
loch ist infolge eines von dem Gemein-
schuldner gemachten Vorschlags zu einem
Zwangsvergleichsvergleichstermin auf
Donnerstag den 1. April 1909,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst
anderaumt.
Der Vergleichsvorschlag und die Er-
klärung des Gläubigerausschusses liegen
auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht
der Beteiligten.
Wiesloch, den 18. März 1909.
Häuser,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Schmiedarbeitenvergebung.

Für die Verlegung des Personenbahn-
hofes Karlsruhe haben wir 10 000 kg
Schmiedarbeiten (Großeisen) für das
Aufnahmegebäude gemäß Verordnung
Großh. Finanzministeriums vom 3. Janu-
ar 1907 öffentlich zu vergeben.
Die Unterlagen der Vergabung sind
auf unserem Baubureau, Hauptplatz des
Aufnahmegebäudes am Lautersee, zur
Einsicht aufgelegt.
Bedingungsansätze und Bedin-
gungen werden daselbst unentgeltlich
abgegeben, oder gegen Einfindung einer
Portogebühr von 20 Pf. verabfolgt.
Die Angebote müssen spätestens bis
zur Eröffnungstermin, **Mittwoch den**